



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

ANKER-Dependance auf dem Fliegerhorst in Fürstenfeldbruck: Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, Landrat Thomas Karmasin und Oberbürgermeister Christian Götz unterzeichnen gemeinsame Vereinbarung über den ...

23. Juni 2025

+++ Die ANKER-Dependance Fürstenfeldbruck in der ehemaligen Kaserne Fliegerhorst bleibt bis Ende 2030 in Betrieb. Die entsprechende Vereinbarung haben Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, der Fürstenfeldbrucker Landrat Thomas Karmasin und der Oberbürgermeister der Stadt Fürstenfeldbruck, Christian Götz, unterzeichnet. Für Herrmann eine ‚Win-Win-Situation‘ für alle Beteiligten: „Der Freistaat braucht nicht auf einen reibungslos funktionierenden Standort wie die ANKER-Dependance Fürstenfeldbruck verzichten, der ihm vom Bund mietzinsfrei überlassen wird, und der Stadt und dem Landkreis Fürstenfeldbruck bleibt es erspart, zahlreiche dezentrale Asylunterkünfte zu errichten, um den wegfallenden ANKER zu ersetzen. Der heutige Vertragsschluss zeigt, dass der Freistaat Bayern und die Kommunen ihre Aufgaben in guter Partnerschaft meistern.“ +++

Die größte Dependance in Oberbayern leistet einen essentiellen Beitrag zur Aufnahmefähigkeit des gesamten ANKER-Systems für ganz Bayern. Herrmann: „Die Dependance auf dem Fliegerhorst hat sich in den letzten Jahren hervorragend bewährt. Auch wenn wir derzeit aufgrund der eingeleiteten Maßnahmen zur Migrationswende einen Rückgang der Asylzugänge verzeichnen, ist es noch zu früh für eine Entwarnung.“ Die bayerischen Asylunterkünfte sind aufgrund der sehr hohen Zugänge von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in den letzten Jahren nach wie vor stark ausgelastet. Den Betrieb auf dem Fliegerhorst – wie ursprünglich 2018 angedacht – im Jahr 2025 zu beenden, hält Herrmann in der aktuellen Situation für unverantwortlich. Die Liegenschaft werde derzeit vom Bund mietzinsfrei zur Verfügung gestellt; die Errichtung neuer Unterkünfte, um den ANKER-Standort zu ersetzen, wäre dem bayerischen Steuerzahler nur schwer vermittelbar.

Wie der Innenminister weiter erläuterte, gilt die bisherige Vereinbarung aus dem Jahr 2018 im Wesentlichen fort. „Es bleibt bei der maximalen, regelmäßigen Belegungskapazität von 1.000 Plätzen.“ Neu ist eine Regelung zum Aufbau von Arbeitsgelegenheiten für Bewohner zur Pflege des Geländes sowie des Umfelds der ANKER-Dependance. „Durch zusätzliche Arbeitsgelegenheiten erhalten die Asylbewerber eine Beschäftigungsmöglichkeit und leisten einen Beitrag zu Ordnung und Sauberkeit vor Ort.“

Der Freistaat Bayern steht laut Herrmann auch weiterhin zum Konzept der im Jahr 2018 gestarteten ANKER-Einrichtungen. „Durch die Bündelung aller maßgeblicher Akteure unter einem Dach gelingt es, Asylverfahren schneller und effizienter abzuarbeiten, denn alle Behörden arbeiten vor Ort Hand in Hand. Hiervon profitieren nicht nur Antragsteller, die so schnell Klarheit über ihre Bleibeperspektive

erhalten, sondern auch die Kommunen, welche durch die Unterbringung im ANKER entlastet werden.“ Nach dem Konzept der ANKER soll möglichst das komplette Asylverfahren von der Einreise bis zu einer positiven Entscheidung über den Asylantrag oder der Ausreise (einschließlich der Rückführung) in den ANKERn durchlaufen werden.

Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin und Oberbürgermeister Christian Götz unterstützen die Entscheidung.

Fürstenfeldbrucks Landrat Thomas Karmasin: „Die Verlängerung der ANKER-Dependance im Fliegerhorst Fürstenfeldbruck stellt eine effiziente Lösung zur Unterbringung vieler Flüchtlinge im Landkreis dar. Ich begrüße die Verlängerung, auch weil dadurch eine bewährte Einrichtung fortgesetzt wird. Mein Dank geht an den Freistaat Bayern und an die Stadt Fürstenfeldbruck, die sich erneut kooperativ gezeigt hat.“

Oberbürgermeister Christian Götz: „Wir sind uns unserer Verantwortung als Große Kreisstadt bewusst und verweigern uns nicht, einen wichtigen Part im komplexen Themenfeld Migration und Flucht zu übernehmen. Nachdem der Abzug der Bundeswehr und die Konversion des Fliegerhorstes auf 2030 verschoben wurde, spricht nichts gegen die Verlängerung der Vereinbarung mit dem Innenministerium.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

